

4. III. 1916

— (Anleiheverhandlungen der Gemeinde Wien.) Am 15. Mai d. J. werden 60 Millionen Mark 4½prozentiger Kassenscheine der Stadt Wien fällig, die im November an ein Konsortium Wiener Banken unter Führung der Länderbank und Bodenkreditanstalt, dem auch die Deutsche Effekten- und Wechselbank in Frankfurt a. M. angehörte, begeben wurden. Diese Kassenscheine, die anfänglich nur zu einem geringen Teil in Deutschland untergebracht wurden, sind seither, namentlich aber in der zweiten Hälfte des Vorjahres, fast zur Gänze ins Ausland gewandert. Da die Bezahlung dieses Betrages gegenwärtig einen großen Kursverlust für die Stadt Wien bedeuten würde, so sind schon vor einiger Zeit Verhandlungen eingeleitet worden, die auf den Abschluß einer neuen auf Mark lautenden Kassenscheinanleihe abzielen. Wie verlautet sollen etwa 65 Millionen Mark Kassenscheine mit vierjähriger Laufzeit begeben werden, aus deren Erlös die eingangs erwähnten Kassenscheine eingelöst werden sollen. Die Verhandlungen sind noch nicht zum Abschluß gelangt. Die Gemeinde Wien hat überdies gegenwärtig für verschiedene mit dem Krieg zusammenhängende Verwaltungszwecke einen Geldbedarf, der durch eine Inlandsanleihe gedeckt werden soll. Die Höhe dieses Erfordernisses wird auf etwa 100 Millionen Kronen geschätzt. Diese Anleihe, über die die Verhandlungen mit dem erwähnten Wiener Bankensortium bereits eingeleitet sind, wird auf Kronen lauten und im Gegenseite zur Kassenscheinanleihe im Inlande begeben werden.